

## **Medienmitteilung**

### **Voranschlag 2012 - FIKO lehnt Steuersenkung ab**

**Solothurn, 16. November 2011 – Die kantonsrätliche Finanzkommission (FIKO) hat vom Regierungsrat Einsparungen von über 20 Mio. Franken beim Voranschlag 2012 verlangt. Der Voranschlag ging ursprünglich von einem operativen Defizit von 100 Mio. Franken aus. Nach Abschluss der Budgetberatung verabschiedet die FIKO ein operatives Defizit von rund 88 Mio. Franken. Die FIKO lehnt den Auftrag der Fraktionen FDP, Die Liberalen und CVP/EVP/glp zur Senkung des Steuerbezuges ab und hält für das Jahr 2012 an einem Steuerfuss von 104 % fest.**

Die Finanzkommission hat unter der Leitung ihrer Präsidentin, Susanne Schaffner-Hess (SP, Olten) den Voranschlag 2012 beraten. Der Regierungsrat stellte zwar ein strukturelles Massnahmenpaket zur Kostenbekämpfung im Jahr 2012 in Aussicht, die Mehrheit der FIKO sprach sich aber für sofortige Einsparbemühungen aus. Sie hinterfragte jedes Globalbudget und fand in allen Departementen Einsparungsmöglichkeiten, insgesamt rund 23 Mio. Franken. Trotz dieser Sparbemühungen konnte der Regierungsrat die ursprünglichen Vorgaben der FIKO, dass das Defizit der Erfolgsrechnung 55 Mio. Franken nicht übersteigen dürfe, nicht einhalten. Durch den Beschluss des Parlamentes bei der Pflegefinanzierung 13,5 Mio. Franken an die Kosten der Einwohnergemeinden zu leisten, fiel die Hälfte der Einsparungen gleich wieder weg. Begründet wurde das zu erwartende Defizit der Erfolgsrechnung von letztendlich rund 88 Mio. Franken mit der fehlenden Ausschüttung der Gelder

von der Nationalbank mit einem Minderertrag von 55 Mio. Franken, den Mehrkosten bei den Spitalbehandlungen aufgrund der Änderung des Krankenversicherungsgesetzes von plus 52 Mio. Franken und dem sinkenden Finanzausgleich des Bundes an die Kantone.

Die Vorgabe der FIKO zu den maximalen Nettoinvestitionen von 120 Mio. Franken konnte mit einem Budget von 128,8 Mio. Franken nahezu eingehalten werden.

### **Beratung Steuersenkung**

Den Auftrag der Fraktionen FDP, Die Liberalen und CVP/EVP/glp ein Budget vorzulegen, das eine Senkung des Steuersatzes bei natürlichen Personen für das Jahr 2012 von 104 auf 94 Prozentpunkte vorsieht, lehnte die Kommission ab. Mit grossem Mehr stimmt die Kommission dem Antrag des Regierungsrates auf Nichterheblicherklärung deshalb zu. Mit grossem Mehr hat sie dem Budget mit dem unveränderten Steuersatz von 104 % zugestimmt. Einerseits zeichnen die Zahlen im IAFP der nächsten Jahre ein düsteres Bild. Zudem schwächelt die Konjunktur, so dass zukünftig mit Einbussen bei den Steuererträgen sowohl bei den juristischen wie auch bei den natürlichen Personen gerechnet werden muss. Die Kommission bekennt sich damit zu einer längerfristigen nachhaltigen Finanz- und Steuerpolitik. Sie Kommission will die gute finanzielle Ausgangslage des Kantons keinesfalls gefährden.